

Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft**Bericht über die 22. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 25. bis 27. August 2013 in Pärnu, Estland****I. Bericht**

Die diesjährige Konferenz fand unter der Überschrift „Nachhaltige Innovation für eine wettbewerbsfähige Ökonomie in der Region“ statt. Sie wurde vom estnischen Staatspräsidenten Toomas Hendrik Ilves mit einer Grundsatzrede zum Thema eröffnet. Die Konferenz wurde von folgenden Tagungsschwerpunkten getragen:

- Kooperationen im Ostseeraum,
- Wirtschaftswachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion „Vision 2050 – Welche Innovation braucht die Region, um zukunftsfähig zu werden“,
- grünes Wachstum und Energieeffizienz,
- kreative Ostseeregion – die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für kreatives Unternehmertum.

Gastgeberin war das estländische Parlament. Es nahmen ca. 200 Vertreterinnen und Vertreter von 27 nationalen und regionalen Parlamenten teil.

An der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz haben die Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft, Silvia Schön, und der Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten der Häfen im Land Bremen, Frank Schildt, teilgenommen. Deutschland insgesamt war vertreten durch Parlamentarierinnen/Parlamentarier der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen sowie des Deutschen Bundestages. Die deutsche Position, an der Bremen beteiligt war, koordinierte Franz Thönnies, Mitglied des Deutschen Bundestages.

Die Ostseekooperation der Parlamentarierinnen/Parlamentarier versteht sich als wichtiges Netzwerk der Parlamentarierinnen/Parlamentarier dieser Region sowie als Klammer zwischen der Europäischen Union, Russland sowie den EFTA-Staaten Norwegen und Island. Sie hat sich als wichtige Größe für die Politik im Ostseeraum entwickelt. Diese regionale Kooperation wird häufig als Modell und Vorbild für andere Makroregionen, wie z. B. den Nordseeraum, genannt.

Für die Umsetzung der Resolution der BSPC und der damit verbundenen Wirksamkeit der Beschlüsse sind die nationalen und regionalen Parlamente gefordert, was auf dieser Konferenz wiederholt eingefordert wurde:

Die Bürgerschaft (Landtag) hat dies zuletzt mit dem Bericht und Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen zur Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft, Drucksache 18/93, vom 1. November 2011, „Bericht über die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 28. bis 30. August 2011 in Helsinki, Finnland“ erfüllt.

Die dem Bericht als Anlage beigefügte Entschließung wurde auf der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz verabschiedet. An dieser Stelle soll jedoch kurz auf die zentralen Debatten und die für Bremen relevanten Empfehlungen Bezug genommen werden.

Hervorgehoben wurde die Bedeutung von Kooperationen zwischen Parlamenten, Regierungen, transnationalen Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen in der Ostseeregion. Dabei wurde das Anliegen der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz erneuert, dass die Ostseeratspräsidentschaften auffordert, die Organisation der „Baltic Sea Youth Sessions“ fortzuführen und gemeinsam mit dem Ostseerat die Teilnahme von fünf Delegierten dieses Jugendparlaments bei den Ostseeparlamentarierkonferenzen zu garantieren, um junge Menschen in die parlamentarischen Debatten über die Zukunft der Ostseeregion zu integrieren. Von besonderer Bedeutung für die Kooperationen wurde erachtet; dass die unterschiedlich entwickelten Regionen rund um die Ostsee mehr zusammenwachsen sollen. Es ist erkennbar, dass die Region über die Jahre diesem Ziel deutlich näher gekommen ist. Inhaltlich spielte auf dieser Konferenz nachhaltiges Wachstum, Reduzierung von Umweltbelastungen, Wissenschaft und die Weiterentwicklung demokratischer Prozesse – insbesondere der Umgang mit Minderheiten in den einzelnen Staaten – eine wichtige Rolle. Die wesentlichen Punkte sind in der Entschließung in den Forderungen eins bis sechs eingegangen.

Beim Tagungsschwerpunkt „Wirtschaftswachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion“ war folgende Beratungsfrage zentral: Wie wird eine Region stark, die aus sehr verschiedenen Staaten mit einer sehr unterschiedlichen Leistungsfähigkeit besteht und das vor dem Hintergrund, dass das künftige Wachstum nicht in Europa stattfinden wird? In diesem Zusammenhang wurde dargelegt, dass die Voraussetzung für Innovation wissensbasierte Gesellschaften sind. Dabei wurden die unterschiedlichen Voraussetzungen in den Ländern festgehalten. So verfügt ein Land wie Norwegen über ca. 50 % wissensbasierte „Industrien“ und Länder wie Lettland nur über 2 bis 6 %. Auch die Investition in Forschung und Entwicklung ist recht unterschiedlich. Deshalb wäre es für die Zukunft wichtig, Universitäten als strategische Partner einzubeziehen.

Ebenfalls spielte die Umweltverschmutzung der Ostsee – wie in den vergangenen Jahren – eine bedeutende Rolle. Wiederholt hat z. B. HELCOM (Helsinki Commission – Baltic Marine Environment Protection Commission) auf die dramatische ökologische Situation der Ostsee aufmerksam gemacht. Obwohl gerade in den osteuropäischen Staaten in den letzten Jahren viel zur Gewässerreinigung unternommen wurde, gehört die Eutrophierung der Ostsee immer noch zu den ganz großen Problemen. Eine Reduktion der Stickstoffemission um 80 % wird empfohlen. Die wesentlichen Forderungen zur Innovation sind in der Entschließung in den Punkten sieben bis 23 festgehalten.

Im Tagungsschwerpunkt „Grünes Wachstum und Energieeffizienz“ wurde der Abschlussbericht der gleichnamigen Arbeitsgruppe vorgestellt. Diese wurde auf der Ostseeparlamentarierkonferenz 2011 eingerichtet. Sie hat mehrere politische Empfehlungen für konkrete Maßnahmen für die Parlamente und Regierungen der Anrainerländer erarbeitet. Dazu gehören, eine Gesetzgebung zur Finanzierung innovativer Produktentwicklungen einzuleiten, Kapazitäten für grüne Technologien aufzubauen, Maßnahmen im öffentlichen Sektor zu ergreifen, um Aufträge nach grünen Kriterien zu vergeben sowie die Förderung von nicht nachhaltigen Technologien abzubauen. Nicht zuletzt wurde auf die Verbraucherinnen-/Verbraucheraufklärung ein besonderes Augenmerk gelegt. In diesem Zusammenhang wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass Grünes Wachstum Arbeitsplätze schafft. Breiten Raum nahmen auch die Bedeutung und die Potenziale der Offshore-Windenergie im Ostseeraum ein. Dieses Potenzial soll unter Wahrung der Schutzgebiete ausreichen, um die nationalen Energieeinsparprogramme der Anrainerländer zu erfüllen. Ebenfalls wurde die Frage diskutiert, wie sich der Ostseeraum auf den Klimawandel einstellen kann. Gleichzeitig wurde die Bedeutung der Wissenschaft für Grünes Wachstum betont und festgestellt, dass sie mehr eingebunden werden sollte. Die wesentlichen Forderungen finden sich in der Entschließung in den Punkten 24 bis 30 wieder.

Der vierte Tagungsschwerpunkt hob hervor, dass für eine kreative Ostseeregion, die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für kreatives Unternehmertum geschaffen werden müssen. Verschiedene Akteure aus Europa stellten unterschiedliche Projekte vor und nahmen dabei Bezug auf Entwicklungen in Estland. Dazu ist anzumerken, dass Estland am weitesten in Europa vernetzt ist und für alle die Voraussetzungen für einen freien Internetzugang geschaffen hat. Ebenfalls wurde die Bedeutung der Vernetzung für die Gesundheitswirtschaft

benannt. Das vorgestellte Projekt doc@home erläuterte den Nutzen für Patienten und deren Beitrag zur Autonomie (elektronische Rezepte).

Über die vier Tagungsschwerpunkte hinaus gab es zwei Sonderberichte. Der eine bezog sich auf den Menschenhandel. Dies war ein Tagungsschwerpunkt in der Ostseeparlamentarierkonferenz 2011. Es wurde sehr deutlich festgehalten, dass es sich bei Menschenhandel um moderne Sklaverei handelt, da Menschen die freie Entscheidung über ihr Leben genommen wird. Es wurde ebenfalls festgehalten, dass die Länder in den letzten Jahren zwar Maßnahmen ergriffen haben, der Menschenhandel aber trotzdem nicht abgenommen hat. Deshalb wurde allen Ländern empfohlen, die Maßnahmen besser zu koordinieren, nationale Berichterstattung einzusetzen und Aktionspläne gegen Menschenhandel zu erarbeiten. Gleichzeitig sollen die Länder mehr Verantwortung für die Opfer übernehmen und die Kriminalitätsbekämpfung in Sonderermittlungskommissionen und auch international organisieren.

Der zweite Sonderbericht bezog sich auf die integrierte Meerespolitik – auch das war ein Schwerpunkt der letzten Jahre. Hier wurde die besondere Bedeutung neuer Schiffsantriebssysteme erläutert und die Notwendigkeit von Ersatztreibstoffen, wie LNG, dargelegt. Dies war vor zwei Jahren noch ein erheblicher Streitpunkt zwischen den Ländern. Dieser scheint beigelegt. Auch der Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen der Bremischen Bürgerschaft hat sich mit dem Thema befasst und der Bürgerschaft (Landtag) einen Bericht vorgelegt.

Abschließend hat sich die Konferenz mit künftigen Schwerpunkten und der weiteren Arbeitsweise beschäftigt und eine Arbeitsgruppe „Innovationen für soziale Betreuung und Gesundheitsversorgung“ eingesetzt, die im Rahmen der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz einen ersten Bericht vorlegen soll. Die nächste Ostseeparlamentarierkonferenz findet in Olsztyn in Polen statt.

II. Beschlussempfehlung

Der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft hält es für erforderlich, dass die Bürgerschaft (Landtag) als Mitglied der Ostseeparlamentarierkonferenz weiter ihren Beitrag zur Umsetzung der Empfehlungen der Resolution leisten sollte. Daher wird empfohlen, dass die Ausschüsse und Deputationen die im Bericht und in der Resolution angesprochenen Punkte aufgreifen.

Des Weiteren wird empfohlen, dass sich die Bürgerschaft (Landtag) weiterhin an der Ostseeparlamentarierkonferenz beteiligt.

III. Antrag

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Empfehlungen bei und nimmt von dem Bericht und den weiteren Anlagen Kenntnis.

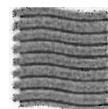
Christian Weber
(Präsident)

Anlage

Entschließung der Konferenz, verabschiedet von der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Weitere Informationsquelle: Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) www.bspc.net

Anlage 1



Konferenzresolution

angenommen von der 22. Ostseeparlamentarier-konferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion*, die am 26. und 27. August 2013 in Pärnu (Estland) zusammengekommen sind,

die Themen "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "Wirtschaftswachstum und Innovationen", "grünes und blaues Wachstum" und "kreatives Unternehmertum" erörternd,

unter Betonung der Bedeutung der parlamentarischen Dimension der Zusammenarbeit in der Ostseeregion und in der Feststellung, dass diese die demokratische Legitimität der Zusammenarbeit stärkt,

unter Bekräftigung ihres Bekenntnisses zu den Grundsätzen der nachhaltigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und an die Regierungen appellierend, sich ernsthaft und entschlossen um die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans zu bemühen,

unter Betonung der für beide Seiten nützlichen Interaktion zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz auf allen Ebenen und in allen Bereichen und unter Anerkennung der Tatsache, dass eine enge Koordinierung zwischen Legislative und Exekutive die Umsetzung von Programmen und Projekten zugunsten der Ostseeregion und ihrer Bürgerinnen und Bürger begünstigen wird,

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

in Bezug auf die Zusammenarbeit in der Region

1. für die effektive und systematische Umsetzung der gemeinsam auf der Grundlage regionaler Strategien und politischer Maßnahmen festgelegten prioritären Projekte in der Ostseeregion zu sorgen und dabei regionale Kooperationsstrukturen wie die Nördliche Dimension und Regionalräte zu nutzen;
2. sich nachhaltig für die Förderung der Mobilität innerhalb der Region einzusetzen, insbesondere durch die Bekämpfung bürokratischer und physischer Hürden wie Zollbestimmungen und -verfahren und Visabeschränkungen zwischen Schengen-Staaten und Nicht-Schengen-Staaten;
3. unverzüglich weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Eutrophierung und Verschmutzung der Ostsee zu treffen, vor allem durch gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Kapazitäten für die Aufbereitung von Abwässern;
4. die Gründung und Tätigkeit demokratischer nichtstaatlicher Organisationen in der Ostseeregion zu unterstützen und ihre internationale Zusammenarbeit und Aktivitäten politisch und finanziell zu unterstützen;
5. die Bedeutung des Ostsee-Jugendsekretariats für die Zusammenarbeit im Jugendbereich in der Ostseeregion anzuerkennen und dessen Arbeit sowie die Einsetzung eines jährlich stattfindenden Ostsee-Jugendforums zu unterstützen und in diesem Zusammenhang auch den Beschluss des XI. Ostsee-NGO-Forums zur Schaffung eines Ostsee-Jugendnetzwerks zu unterstützen sowie darüber hinaus die Notwendigkeit der kontinuierlichen Stärkung und Gewährleistung effektiver Methoden und Lösungen für eine verbesserte Zusammenarbeit hervorzuheben;

6. die zentrale politische Stellung des Ostseerates in der Ostseeregion im Hinblick auf die Schaffung und Umsetzung einer gemeinsam vereinbarten strategischen Vision für die Region auf bestmögliche Weise zu nutzen;

in Bezug auf Wachstum, Innovationen, Kreativität und Unternehmertum in der Ostseeregion

7. Aufklärungsmaßnahmen im Hinblick auf die Notwendigkeit von Innovationen für die nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Region zu initiieren und zu unterstützen und dabei einen umfassenden Ansatz zu verfolgen, der Innovationen als wichtiges Element bei der Herstellung von Waren und Bereitstellung von Dienstleistungen anerkennt;

8. ein günstiges Innovationsklima zu fördern, beispielsweise durch die Entwicklung nationaler Innovationsprogramme und -strategien und durch die Aufforderung an öffentliche Organisationen und Behörden, Aktionspläne für innovatives Management und innovative Geschäftstätigkeit zu verabschieden;

9. innovatives Wissen und innovative Fertigkeiten in Grundschulen und weiterführenden Schulen, Berufsausbildung und Studium beispielsweise dadurch zu fördern, dass das Thema "Innovation" einen höheren Stellenwert in den Lehrplänen erhält und Ressourcen für Grundlagenforschung und -entwicklung bereitgestellt;

10. den demographischen Wandel auch als Quelle für Innovationen zu betrachten, wobei besonderes Augenmerk auf die Entwicklung und Vermarktung barrierefreier Angebote und Dienstleistungen gerichtet werden sollte;

11. Maßnahmen zur Gewährleistung eines geeigneten Regulierungsumfelds zu treffen, der Innovationen fördert und bürokratische Hemmnisse beseitigt;

12. die Kreativwirtschaft als Motor von Wachstum und Beschäftigung zu fördern;

13. steuerliche Anreize für Innovation zu schaffen, z.B. Steuererleichterungen zur Stimulierung der Gründung und des Wachstums innovativer Unternehmen und Dienstleistungen;

14. zwecks Stärkung der maritime Wirtschaft zu prüfen, ob und wie (gegebenenfalls) wirtschaftliche Anreize für die Flottenmodernisierung in Betracht gezogen werden können;

15. Die Verfügbarkeit von und den Zugang zu Mitteln und Anschubfinanzierungen zur Unterstützung innovativer Initiativen und Unternehmen zu gewährleisten und die Entwicklung bankfähiger Projekte im Bereich Innovation zu fördern;

16. die Bedeutung von Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor in der Ostseeregion zur Kenntnis zu nehmen und die Einsetzung der Pilot- Finanzinitiative des Ostseerates (*CBSS Pilot Financial Initiative*, PFI) als neuen Mechanismus der Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor zu begrüßen und die Finanzinstitutionen in der Region aufzufordern, sich der PFI anzuschließen;

17. Synergien und Mehrwert durch den Ausbau der interregionalen Zusammenarbeit im Bereich Innovationen in der Ostseeregion zu nutzen, beispielsweise durch die Unterstützung von Mobilität und Verbreitung von Wissen und Innovationsnetzwerken und -clustern (innerhalb bestimmter Sektoren und sektorübergreifend);

18. Maßnahmen zur Freisetzung des im Küsten- und Meeresbereich vorhandenen Potenzials zu treffen, was zu nachhaltigen Wachstums- und Beschäftigungschancen führt;

19. Innovationen, Wachstum und Zusammenarbeit in der maritimen Wirtschaft zu stärken, beispielsweise durch die Unterstützung von Forschung und Entwicklung in Meerestechnologien wie alternativen Antriebssystemen sowie im Bereich der neu entstehenden maritimen Sektoren wie der blauen Biotechnologien, Aquakultur und Offshore-Energie, durch Förderung der interregionalen Zusammenarbeit in der Schifffahrt und im Schiffsbau und Entwicklung von Logistik und Infrastruktur, beispielsweise im Hinblick auf die Bereitstellung von Flüssiggas (LNG) und Strom in den Ostseehäfen;

20. das Unternehmertum und eine gemeinsame transnationale Kooperationsplattform für den Tourismus zu fördern, da der Tourismus ein Sektor ist, der erheblich zu Innovation und Wachstum in der Ostseeregion beitragen kann, und darüber hinaus den Schwerpunkt auf den Küsten- und Meerestourismus zu legen;

21. Maßnahmen zur Harmonisierung des Arbeitsmarkts und der Sicherheitsstandards für Beschäftigte in der Kreativwirtschaft zu treffen und Aktionspläne für mehr Transparenz, Toleranz und Vielfalt in der Gesellschaft als Schlüsselemente für die Kreativwirtschaft auf den Weg zu bringen;

22. sich dafür einzusetzen, dass die Transformation in eine wissensbasierte Gesellschaft nicht auf Kosten des wirtschaftlichen Fortschritts oder der Lebensbedingungen in städtischen und ländlichen Gebieten geschieht, z.B. durch die Förderung von Innovationsclustern in den Städten und auf dem Land;

23. die Finanzierung von Projekten, die sich mit dem Thema "Kultur und kulturelle Identität" befassen, und Modellprojekte in der Kreativwirtschaft zu unterstützen;

in Bezug auf grünes Wachstum und Energieeffizienz

24. die Maßnahmen zur Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins im Hinblick auf die Frage zu verstärken, inwieweit grünes Wachstum und Energieeffizienz das Sozialsystem und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region unterstützen können;

25. die Zusammenarbeit bei der Entwicklung gemeinsamer technischer Standards und Bauordnungen, die die Qualität von Bauten, gemeinsamer Regeln für die Anerkennung und Evaluierung von Sachverständigen für Baubewertung und gegebenenfalls gemeinsamer Kriterien für ein grünes öffentliches Beschaffungswesen zu stärken, um einen größeren Markt für neue Produkte und innovative Lösungen zu schaffen, die grünes Wachstum unterstützen;

26. die Maßnahmen der nationalen Netzbetreiber zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Verknüpfung nationaler Leitungen in Abstimmung mit Vereinbarungen auf erweiterter europäischer Ebene zu unterstützen und zu verstärken, um Investitionen in die Produktion erneuerbarer Energien – auch im Offshore-Bereich – zu unterstützen und zur Energieversorgungssicherheit beizutragen;

27. Finanzierungsprogramme weiterzuentwickeln und umzusetzen, die grünes Wachstum und Energieeffizienz fördern, und rechtliche Bestimmungen zu entwickeln, die die innovative Finanzierung von Energieeffizienzinvestitionen in Infrastruktur, Unternehmen und Gebäuden unterstützen;

28. die Entwicklung neuer sauberer Technologien zu fördern und die Nutzung der besten derzeit vorhandenen Technologien zu unterstützen, um die Sicherheit im Seeverkehr zu verbessern und saubere Treibstoffe sowie energieeffiziente Lösungen für den Land- und Seetransport in der Ostseeregion zu entwickeln;

29. vor dem Hintergrund der bevorstehenden Verschärfung der Grenzwerte für Schwefelemissionen in den Schwefelemissions-Kontrollzonen die Bemühungen der Helsinki-Kommission zur Gründung einer "Plattform für grüne Technologie und alternative Treibstoffe im Bereich der Seeschifffahrt" ("Green Technology and Alternative Fuels Platform for Shipping") zu unterstützen;

30. die Resultate der Konferenz der Staatschefs der Ostseestaaten zum Umweltschutz (St. Petersburg, 5. - 6. April 2013) im Rahmen des russischen Vorsitzes im Ostseerat als wichtigen Schritt in Richtung Umweltsanierung in der Ostseeregion zu begrüßen;

in Bezug auf den Menschenhandel

31. die zehn Empfehlungen der Berichterstatter über Menschenhandel der Ostsee- . parlamentarierkonferenz aufzugreifen, die in ihrem der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz in Pärnu (Estland) vorgelegten Abschlussbericht zu finden sind.

Darüber hinaus beschließt die Konferenz,

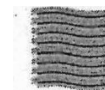
32. eine Arbeitsgruppe "Innovationen für soziale Betreuung und Gesundheitsversorgung" einzusetzen, die im Rahmen der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz einen ersten Bericht vorlegen soll;

33. die Arbeit des IPCC in Bezug auf den bevorstehenden Fünften Sachstandsbericht (ARS) zur Kenntnis zu nehmen und über dessen Auswirkungen auf die Ostseeregion zu beraten;

34. das Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für 2013 - 2014 anzunehmen;

35. das freundliche Angebot des Parlaments der Republik Polen, die 23. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 24. bis 26. August 2014 in Olsztyn auszurichten, dankbar zu begrüßen.

* Die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, der Republik Karelrien, Lettlands, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments und des Nordischen Rates.



Baltic Sea Parliamentary Conference

Adopted by the 22nd BSPC on 27 August 2013

**Baltic Sea Parliamentary Conference
Work Programme 2013 - 2014**

1. BSPC Mission

The Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) was established in 1991 as a forum for political dialogue between parliamentarians from all national parliaments, regional parliaments and parliamentary organizations in the Baltic Sea Region. BSPC also interacts with other parliamentary and governmental organizations in the Baltic Sea Region and the Northern Dimension area.

The mission of the BSPC is to raise awareness and opinion on issues of current political interest and relevance for the Baltic Sea Region. It promotes and drives various initiatives and efforts to support a sustainable environmental, social and economic development of the Baltic Sea Region. The BSPC strives at enhancing the visibility of the Baltic Sea Region and its issues in a wider European context.

BSPC shall initiate and guide political activities in the region; support and strengthen democratic institutions in the participating states; improve dialogue between governments, parliaments and civil society; strengthen the common identity of the Baltic Sea Region by means of close co-operation between national and regional parliaments on the basis of equality; and initiate and guide political activities in the Baltic Sea Region, endowing them with additional democratic legitimacy and parliamentary authority.

The BSPC Standing Committee may consider any matter of specific interest and relevance for the Baltic Sea Region, and may also give its opinion on such issues.

The political recommendations of the annual Parliamentary Conferences are expressed in a Conference Resolution adopted by consensus by the Conference. The adopted Resolution shall be submitted to the governments of the Baltic Sea region, the CBSS and the EU, and disseminated to other relevant national, regional and local Stakeholders in the Baltic Sea region and its neighbourhood.

2. BSPC Priorities in 2013 - 2014

The priority issues for the BSPC Standing Committee in 2013 – 2014 are:

- Environmental protection
- Economic development and innovation
- Energy efficiency
- Education & culture
- Civil security & the human dimension

3. Objectives of BSPC in 2013- 2014

The objectives of the BSPC in 2013 – 2014 are:

- To disseminate the 22nd BSPC Resolution to Parliaments and Governments in the Baltic Sea region, as well as to the CBSS and the EU, and to take initiatives and action – such as interpellations, parliamentary debate and questions to the governments - to follow-up the implementation of its political recommendations;
- to disseminate the results and recommendations of the BSPC Working Groups, Rapporteurs and Observers, for instance by advocating them in the home parliaments of the BSPC delegates and through interaction with external institutions and organizations;
- to support the policies of the CBSS and to further the co-operation between the CBSS and the BSPC, for instance by sustaining contacts and cooperation between secretariats, by synchronizing priorities as far as possible, and by maintaining an interaction between working bodies of the BSPC and the CBSS, such as the BSPC Working Groups and the CBSS Expert Groups and Task Forces;
- to promote the implementation of the HELCOM Baltic Sea Action Plan, including measures against Eutrophication, for instance by active participation in various HELCOM meeting formats;
- to promote the further development of the Northern Dimension, including its parliamentary dimension, and the European Neighbourhood Policy, for instance by actively taking part in relevant activities and by exchanging views and positions with relevant bodies of the European Parliament;
- to support the development of a EU Baltic Sea Strategy that is fully aligned with the Northern Dimension, including regular reporting from the European Commission;
- to actively participate in and contribute to the further progress of the Baltic Sea Labour Forum (BSLF);
- to raise the political attention on innovation, creativity and growth, with emphasis on innovation in social and health care; political positions and recommendations in these fields will be elaborated by the BSPC Working Group on Innovation in Social and Health Care.

4. Resources 2013 - 2014

The BSPC has several working bodies, which serve as resources for driving and implementing BSPC priorities and objectives.

The **Baltic Sea Parliamentary Conference** is the annual general assembly in the Baltic Sea region for broad political debate on Baltic Sea issues. The Conference resolutions are political tools which enables the BSPC to take and support political initiatives, and to approach the governments and regional organizations on issues of common interest.

The **host country** of the 23rd BSPC, **Poland**, is responsible for the operational planning and execution of the 23rd Conference in Olsztyn on 24-26 August 2014.

The **BSPC Standing Committee** (SC) is the highest decision-making body of the BSPC between the annual Conferences. The Standing Committee considers and decides on strategic issues concerning the mission, political priorities, working modes, finances and administration of the BSPC. The Standing Committee has the overall responsibility for preparing the annual Conference and for overseeing the structures and functions of the

BSPC. The Standing Committee consists of parliamentarians from all national parliaments, regional parliaments and parliamentary organizations throughout the Baltic Sea Region. The Standing Committee convenes at least four times per year (beginning of the year, spring/summer, in connection with the Conference, and in fall). The first SC meeting of the year should include a report from the CBSS and could also include progress reports on EU Northern Dimension, EU Baltic Sea Strategy, and EU Integrated Maritime Policy. The SC also serves as Drafting Committee during the annual Conference.

The **BSPC Secretary Level meeting** consists of officials from the BSPC member parliaments. It supports the Secretariat in preparing the work of the Standing Committee, and oversees the preparations of the annual Conferences.

The **BSPC Secretariat** manages overall coordination of BSPC activities, prepares activities in the BSPC bodies, delivers administrative and organizational support, and provides investigative resources.

The **BSPC Working Group on Innovation in Social and Health Care**, chaired by Raimonds Vējonis (Latvia), will aim at elaborating political recommendations within these fields. The Working Group will present a mid-way report at the 23rd BSPC.

The **BSPC Observers in HELCOM**, Christina Gestrin (Finland) and Sylvia Bretschneider (Mecklenburg-Vorpommern) follow the deliberations of relevant HELCOM bodies.

The **BSPC Rapporteur on Eutrophication**, Christina Gestrin (Finland) will follow and report on the development in this field.

The **BSPC Rapporteur on Labour Market and Social Welfare**, Franz Thönnies (Germany), will follow and report on the development in these fields and the implementation of the recommendations of the BSPC Working Group on Labour Market (2007-2009).

The **BSPC Rapporteurs on Integrated Maritime Policy**, Jochen Schulte (Mecklenburg-Vorpommern) and Roger Jansson (Åland Islands) are co-rapporteurs that will follow and report on the development in this field and the implementation of the recommendations of the BSPC Working Group on Integrated Maritime Policy (2009-2011).

The **BSPC Rapporteurs on Green Growth and Energy Efficiency**, Cecilie Tenfjord-Toftby (Sweden) and Oleg Nilov (Russian Federation), will follow and report on the development in this field and the implementation of the recommendations of the BSPC Working Group on Green Growth and Energy Efficiency (2011-2013).

The **BSPC Website** (<http://bspc.net>) is a central conduit for disseminating news and information on BSPC's organization, activities and results, as well as a dynamic archive to BSPC documents and opinions.